

Pressekonferenz vom 7.4.2011: Jürg Wiedemann (Landrat Grüne)

## **Bildungsdirektion verschaukelt Parlament und Öffentlichkeit**

Im Januar 2010 hat das Parlament zugestimmt, die Anzahl Sekundarschulkreise von 17 auf sieben zu reduzieren. Innerhalb dieser sieben Schulzonen können neu die Schüler/-innen ohne Mitsprache oder Einwilligung der Eltern zwangsverschoben werden.

Der Bildungsdirektor hat damals während den Debatten betont, dieses Gesetz massvoll und mit Weitsicht anzuwenden. Schüler/-innen werden nur in Einzelfällen mit starker Einbindung und Mitbestimmung der Eltern in weiter entfernte Schulen versetzt. Weiter müssten die Schulwege zumutbar sein. Die heutige Umsetzung hat nichts mit der damaligen Kommunikation zu tun. Heute haben wir eine Massenverschiebung, die Schulwege sind mit dem Velo teilweise sehr gefährlich und zu lang. Am Mittag können die Kinder nicht mehr nach Hause. Mitbestimmung und Einbindung der Eltern sind inexistent.

Die Bildungsdirektion hat das Parlament und die Bevölkerung irregeführt und verschaukelt. Eine solche Bildungspolitik, welche 11- und 12-jährige Kinder aus ihrem sozialen Umfeld aus rein finanziellen Mitteln herausreisst, ist inakzeptabel und muss korrigiert werden.

Heute genau vor 10 Tagen erhielt ich einen Anruf einer betroffenen Mutter, die mir weinend erzählt hat, was das für ihr Kind bedeutet. Der Aufruhr bei den Eltern und nicht nur bei den Betroffenen war gross. Es hat sich schnell zuerst eine kleine Elterngruppe gebildet, die ein Treffen organisiert hat. Dieses hat am letzten Montag stattgefunden. Angemeldet haben sich in einer Doodle-Umfrage 22 Personen, gekommen sind 92.

Seit Montag ging alles schnell: Ein breit abgestütztes Initiativkomitee hat sich gebildet und eine Initiative ist in kürzester Zeit ausgearbeitet worden. Das Initiativkomitee zählt heute 50 Personen, doppelt so viele wollten ins Komitee und auf dem Unterschriftenbogen aufgeführt werden, was aus Platzgründen nicht möglich war.

Heute lancieren wir eine kantonale, nicht formulierte Initiative, mit folgendem Inhalt:

- 1. Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1 besuchen in der Regel die nächstgelegene Schule.**
- 2. Ausnahmen sind erlaubt, wenn entweder die Eltern einer Einteilung in eine weiter entfernte Schule zustimmen oder eine solche Einteilung aus disziplinarischen Gründen unumgänglich ist, z.B. um Mobbing-, Rassismus- oder Gewaltopfer an einer Schule zu schützen.**

Wir sind absolut nicht dagegen, wenn Schüler/-innen in benachbarten Gemeinden zur Schule gehen. Dies ist in vielen Regionen sinnvoll und für manche Schüler/-innen z.B. verkehrstechnisch einfacher. Solche Änderungen soll und kann es auch mit dieser Initiative geben, aber nur mit Einbindung und Mitbestimmung der Eltern.

Diese Initiative zwingt das Amt für Volksschule (AVS) Konsenslösungen anzustreben. Sie nimmt bewusst dem AVS die Kompetenz weg, vom „hohen Ross“ willkürliche Entscheide über Schulzuweisungen zu fällen. Wenn eine Verlegung aus Gründen der Klassenoptimierung angezeigt ist und eine Verschiebung von einzelnen Schüler/-innen angebracht und auch aus pädagogischen Gründen sinnvoll und zumutbar ist, so muss künftig das AVS Konsenslösungen anstreben und die Eltern mit einbeziehen. Letztlich ist das AVS und die Schulen für die Kinder da und nicht umgekehrt.

Seit Montag hat sich ein breites Initiativkomitee gebildet mit 50 Personen aus allen Parteien und dem gesamten Kantonsteil. Vertreten sind mehrere Landräte und kommende Landräte auch von der SP, der neuen BDP und der SVP. Vertreten sind im Komitee aber auch zahlreichen Gemeinderäte und viele Stimmberechtigte aus dem ganzen Kanton, die kein politisches Amt innehaben. Ihnen ist aber eine soziale Bildungspolitik wichtig. Das Engagement dieser Leute ist enorm. Die Vorbereitungen dieser Initiative sind innert weniger Tage von Dutzenden von Menschen geleistet wurden.

Heute lancieren wir. Wir sind überzeugt, dass wir die notwendigen 1'500 gültigen Unterschriften sehr schnell, innert Monatsfrist zusammen bekommen. Zugesichert sind bis gestern von 88 Personen insgesamt etwas über 2'500 Unterschriften.

*(es gilt das gesprochene Wort)*